

18. ÖFFENTLICHE PLENARSITZUNG DES GEMEINDERATES AM 22. NOVEMBER 2005

Vorlage Nr. 471 ANFRAGE
Zu TOP 24

A N F R A G E

der Stadträtin Bettina Lisbach und des Stadtrats Tim Wirth (GRÜNE) vom
21.
Oktober 2005

Finanzierung der Kombi-Lösung

1. Geht die Stadtverwaltung davon aus, dass eine feste Finanzierungszusage vom Land zum Projekt Kombi-Lösung erst im Jahre 2007 erfolgen wird?
2. Geht die Stadtverwaltung davon aus, dass der Landesanteil der förderfähigen Kosten für das Projekt "Kombi-Lösung" statt der ursprünglich veranschlagten 25 % nur 20 % betragen wird?
3. Um welchen Betrag steigen damit die finanziellen Belastungen für die Stadt bzw. den Konzern Karlsruhe bei einer Realisierung der Kombi-Lösung gemäß der bisherigen Planung?
4. a) Ist vorgesehen, die Planungen zur Kombi-Lösung zu verändern, um diese zu erwartenden Mehrbelastungen zu kompensieren?
b) Wenn ja, in welcher Form und welche Auswirkungen ergeben sich hieraus für den Ablauf der Planungsverfahren? Inwiefern ist hierbei eine Beteiligung des Gemeinderates vorgesehen?
5. Wann wird aus heutiger Sicht mit dem Bau der Kombi-Lösung begonnen werden und wann wird der Bau der Kombi-Lösung voraussichtlich abgeschlossen sein?

Sachverhalt/Begründung:

Verschiedene Verlautbarungen seitens der Landesregierung (Staatssekretär Köberle, 06.10.2005) und der CDU-Landtagsfraktion (Fraktionschef Mappus, August 2005) lassen erkennen, dass die Förderung des Landes für das Projekt Kombi-Lösung derzeit alles andere als sicher ist. Zum einen informierte der CDU-Fraktionschef Mappus im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung in Karlsruhe darüber, dass der Landesanteil voraussichtlich maximal 20 % der förderfähigen Investitionssumme betragen wird. Zum anderen ist einer Pressemeldung des Verkehrsstaatssekretärs Rudolf Köberle

vom 06.10.05 zu entnehmen, dass auch eine grundsätzliche Entscheidung über eine Finanzierungszusage zur Kombilösung noch nicht gefallen ist. In diesem Zusammenhang verweist der Staatssekretär auf das Jahr 2007, in dem die Höhe der Regionalisierungsmittel, welche der Bund an das Land zahlt, feststehen soll. Diese Informationslage schafft Unklarheit und Verunsicherung über den Fortgang des Projektes Kombi-Lösung. Besonders betroffen ist hiervon der innerstädtische Einzelhandel in der Kaiserstraße. Aber auch Karlsruher Bürgerinnen und Bürger haben ein berechtigtes Interesse daran, über die aktuellen Perspektiven für das Projekt Kombilösung auf dem Laufenden gehalten zu werden.

gez. Bettina Lisbach
gez. Tim Wirth

Hauptamt - Sitzungsdienste -
11. November 2005

Stellungnahme: